

Wenig Interesse für «Familie und Beruf»

Initiative Am 18. September werden die Stimmbürger über die Volksinitiative der Wirtschaftskammer «Familie und Beruf» abstimmen. Die gestrige Diskussionsveranstaltung zum Thema stiess allerdings auf wenig Interesse.

VON SILVIA BÖHLER

Weniger als 20 Interessierte fanden sich gestern Abend in der Aula des 10. Schuljahres in Vaduz ein. Vielleicht lag es am Wetter, vielleicht daran, dass schon viel über das Thema «Familie und Beruf» gesprochen und geschrieben wurde, vielleicht aber auch daran, dass als Podiumsteilnehmer der Veranstaltung ausschliesslich Befürworter der Initiative geladen waren. Eine kontroverse Diskussion war deshalb nur bedingt zu erwarten.

Neuregelung notwendig

Isabell Schädler, stellvertretende Geschäftsführerin der Wirtschaftskammer und Vertreterin des Initiativkomitees «Familie und Beruf», erläuterte gestern zu Beginn die Beweggründe der Wirtschaftskammer für die Initiative sowie deren Inhalte. Die Kammer hege seit Langem den Wunsch, die Ausbezahlung der

Taggelder bei Mutterschaft neu zu regeln. Die KVG-Revision im vergangenen Jahr brachte die erhoffte Neuregelung jedoch nicht mit sich und auch in Bezug auf die geplante Finanzierung weiterer Kita-Plätze sah sich die Wirtschaftskammer seitens der Regierung benachteiligt. «Gelder der Familienausgleichskasse (FAK) sind keine Staatsgelder. Das ist das Geld der Wirtschaft», betonte Isabell Schädler. Gemäss der Initiative fordert die Wirtschaftskammer deshalb, dass das Krankentaggeld bei Mutterschaft sowie die Kita-Förderung in Zukunft von der FAK entrichtet werden. Ausserdem sollen die Tagessätze pro Betreuungseinheit für die Kindertagesstätten per Gesetz festgelegt werden und nicht in einer Verordnung. Mit diesen Massnahmen würden die Arbeitgeber und Arbeitnehmer entlastet, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf forciert, alle Kitas im Land gleich subventioniert und somit gleich behandelt sowie Schwangerschaft nicht länger als eine Krankheit angesehen.

Einhellige Zustimmung

In dieselbe Richtung gingen die Meinungen der Podiumsteilnehmer, wenn auch mit einigen Vorbehalten. Sigi Langenbahn, Geschäftsführer des Liechtensteinischen ArbeitnehmerInnenverbandes (LANV), befürwortet die Stossrichtung der Initiati-



Diskutierten gestern über die Initiative «Familie und Beruf», von links: Sigi Langenbahn, Claudia Heeb-Fleck, Wolfgang Marxer und Isabell Schädler. (Foto: MZ)

ve. «Die Finanzierung weiterer Kita-Plätze steht ausser Frage, die Taggeldausbezahlung bei Mutterschaft könnte man aber auch anders lösen», sagte Langenbahn. Er und Claudia Heeb-Fleck, Geschäftsführerin der Informations- und Kontaktstelle für Frauen (Infra), würden die Gelder der FAK lieber für einen bezahlten Elternurlaub einsetzen. «Wird die Initiative angenommen, ist der Topf der FAK allerdings leer», so Langenbahn. Auf Kritik stösst auch, dass die Initiative einseitig be-

rufstätige Mütter fördere und etwa Tagesmütter nicht in den Genuss der Förderung kommen. «Das Gesetz lässt Punkte offen», räumte auch Wolfgang Marxer von der Freien Liste ein. Für ihn stellt dies jedoch kein Problem dar. Bewähre sich das Gesetz nicht, könne es jederzeit abgeändert und angepasst werden. Im Anschluss an die Diskussionsrunde hat die Parteibasis der Freien Liste deshalb auch ohne Gegenstimme die Ja-Parole für die Initiative der Wirtschaftskammer gefasst.

Zitat des Tages



«Die Gelder der Familienausgleichskasse sind keine Staatsgelder. Das ist Geld der Wirtschaft.»

ISABELL SCHÄDLER

Die stellvertretende Geschäftsführerin der Wirtschaftskammer und Vertreterin des Initiativkomitees «Familie und Beruf» erläuterte gestern die Beweggründe der Wirtschaftskammer für die Initiative.

SEITE 3